Thorner Zeitung.

Erscheint wöchentlich sechs Mal Abends mit Ausnahme des Montags.
Als Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt“

Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Bei Abholung aus der Expedition und den Depots 1,50 Mark. Bei Zusendung frei ins Haus in Thorn, Vorstädte, Mocker und Podgorz 2 Mark. Bei sämmtlichen Postanstalten des deutschen Reiches (ohne Bestellgeld 1,50 Mark.

Begründet 1760.

Redaction und Expedition, Bäckerstr. 39.
Fernsprech-Anschluß Nr. 75.

Anzeigen-Preis:
Die 5-gespaltete Petit-Zeile oder deren Raum 10 Pfennig.

Annahme bei der Expedition bis 2 Uhr und Walter Lambeck Buchhandlung, Breitestraße 6, bis 1 Uhr Mittags.

Auswärts bei allen Annoncen-Expeditionen.

Nr. 93 | **Freitag, den 21. April** | **1899**

Deutsches Reich.

Berlin, 20. April.

Der Kaiser hat Mittwoch früh seine Reise nach Thüringen und Süddeutschland angetreten. Zunächst trifft er auf der Wartburg ein, wo Großherzog Alexander bereits seit Dienstag weilt.

Vor seiner Abreise nach der Wartburg hörte der Kaiser die Vorträge des Staatssekretärs des Aeußeren v. Bülow, des Kriegsministers v. Goßler und des Ministers des Innern v. d. Recke. Auf der Fahrt von Berlin bis Halle nahm er den Vortrag des Chefs des Civilkabinets v. Lucanus entgegen. — Als Vertreter des Auswärtigen Amts begleitet den Kaiser auf den Frühjahrsreisen der preußische Gesandte in Hamburg Graf Wolff-Metternich.

Kaiserin Auguste Viktoria wohnte am Mittwoch in Berlin einer Generalversammlung des Vaterländischen Frauenvereins bei. Aus dem Jahresbericht ergiebt sich, daß sich im letzten Jahre 27 neue Zweigvereine gebildet haben, so daß im Ganzen 891 existirten mit einer Mitgliederzahl von 172.238 gegen 150966 im Jahre zuvor. Das Gesammtvermögen ist um 1,18 Mill. gestiegen und beläuft sich auf 9,91 Mill. M. — An der Versammlung nahm auch die Königin von Württemberg Theil, die mit ihrem Gemahl zum Besuche der Tochter in Potsdam eingetroffen ist.

Kaiserin Friedrich hat sich von Venedig nach Verona begeben.

Der deutsche Botschafter in Paris Graf Münster, will sich am nächsten Sonnabend nach Monaco begeben, um als Vertreter des deutschen Kaisers an der am 25. d. Mts. stattfindenden Eröffnungsfeier des ozeanographischen Museums theilzunehmen.

Frhr. v. Hertling, Mitglied der Centrumsfraktion des deutschen Reichstags, wurde am Dienstag vom Papst in halbstündiger Audienz empfangen.

Das Befinden des Kölner Erzbischofs Krementz hat sich neuerdings erheblich verschlechtert.

Für die diesjährigen Herbstübungen der Flotte ist der Admiral Köster, Generalinspekteur der Marine, zum Flottenchef ernannt. Kapitän z. S. Siegel, Marine-Attaché bei der Botschaft in Paris, wird unter Belassung in dieser Stellung zur Theilnahme an der im Haag zusammentretenden Konferenz über die Frage einer Einschränkung der Rüstungen kommandirt.

„Afrikanische Galgenskizzen“ hat bekanntlich der frühere österreichische Konsul in Zanzibar Baumann veröffentlicht und darin deutsche Kolonialbeamte und -Offiziere verdächtigt. Auf amtliche Veranlassung haben durch das deutsche Gouvernement in Dar-es-Salaam eingehende Erhebungen stattgefunden und zu dem Ergebniß geführt, daß auch nicht der geringste Anlaß zu derartigen Verdächtigungen deutscher Beamten in Ostafrika vorliegt. Als eine absolute Unwahrheit stellt sich die B.'sche Behauptung dar, daß sich zu dem Ende 1895 aus Anlaß der Hochverrathsprozesse im Aufstand des Hassan bin Omar vollzogenen Hinrichtung in Kilwa Photographen eingefunden hätten. Ebenso ist die Angabe, in Kilwa seien die zum Henken benutzten Stricke unter der Rubrik „Bewirthung fremder Gäste“ gebucht, eine böswillige Erfindung.

Die 66 deutschen Eisenbahnen (Gesammtlänge 42 031,11 Kilometer) hatten im März d. J. eine Einnahme aus dem Personenverkehr von 33,32 Mill. M. oder 3,96 Mill. mehr, und aus dem Güterverkehr von 90,77 Mill. oder 4,65 Mill. Mark mehr.

Die Postcommission des Reichstags lehnte die Bestimmung der Postvorlage, welche die Aufhebung der Zeitungsbestellung durch besondere Expreßboten ausspricht, mit 20 gegen 5 Stimmen ab. Der Staatssekretär sagte nicht, ob durch Ablehnung dieser Forderung das Gesetz für ihn jeden Werth verloren habe. Das Centrum hatte in der Plenarlesung, wie erinnerlich, erklärt, daß es für die Vorlage nur nach Beseitigung der von der Commission mit so großer Majorität abgelehnten Bestimmung eintreten könne.

Ein Gesetzentwurf betr. Bewilligung weiterer Mittel (5 Mill. Mk.) zum Bau von Arbeiterwohnungen, ist dem preußischen Abgeordnetenhause zugegangen.

Ueber die Frage der Fürsorge für Arbeitslose fand im Abgeordnetenhause eine freie Besprechung statt, an der Mitglieder aller Parteien theilnahmen. Es wurde vereinbart, den Fraktionen die Einbringung einer Resolution zu empfehlen, welche die Regierung um Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfs ersucht.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung der Kanalvorlage hat sich Mittwoch Nachmittags konstituirt. Zum Vorsitzenden wurde der Abgeordnete Freiherr von Eynern (natlib.) und zum stellvertretenden Vorsitzenden der Abgeordnete Letocha (Centr.) gewählt.

Der Diskont der Reichsbank wird in absehbarer Zeit nicht weiter ermäßigt werden können.

Die vom Frhrn. v. Berlepsch u. Gen. einberufene Versammlung zur Besprechung der Gründung einer internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz findet am 3. Mai in Berlin statt.

Der Verband der Krefelder Sammetfabrikanten beschloß, die Fabriken zu öffnen, um den Arbeitswilligen Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Die Arbeit wurde auch in verschiedenen Fabriken aufgenommen. Der Ausstand nähert sich seinem Ende.

Auf dem Gelände der Weltausstellung in Paris ist dem Reichskommissar Dr. Richter der Platz für das deutsche Repräsentationsgebäude übergeben worden, und es wird nunmehr mit der Ausführung des Gebäudes begonnen werden.

Die internationale Conferenz zur Regelung verschiedener Zollfragen, namentlich derjenigen, betreffend die Einfuhr von Alkohol enthaltenden Flüssigkeiten nach Afrika, tritt am heutigen Donnerstag in Brüssel zusammen. Die dortigen diplomatischen Vertreter von Deutschland, dem Kongostaat, Frankreich, England, Portugal, Spanien, Schweden, Norwegen und Italien werden im Auftrage ihrer Regierungen an derselben theilnehmen.

Deutscher Reichstag.

69. Sitzung vom 19. April.

Am Tisch des Bundesraths: Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, Staatssekretär Graf v. Posadowsky, Staatssekretär v. Podbielski.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung in Verbindung mit a) dem Initiativ-Antrag Frhr. Heyl zu Herrnsheim und Genossen betreffend den Arbeiterschutz in Werkstätten der Hausgewerbetreibenden, sowie die Abänderung der Gewerbeordnung und die Arbeitszeit der in offenen Verkaufsstellen, der in Schank- und Gastwirthschaften beschäftigten weiblichen Personen, und b) dem Initiativ-Antrag Bassermann betreffend Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung.

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (natl.) begründet seinen Antrag. Der vorliegende Regierungsentwurf zeige gegen den früheren nicht überall einen Fortschritt, einige wichtige Punkte seien ohne Noth wieder fortgelassen worden. Die Verhältnisse der weiblichen Arbeiter in den Werkstätten der Konfektions- und Wäschebranche bedürften weiterer gesetzlicher Regelung. Ueber die Heimarbeiter und ihre Verhältnisse veranstalte man seit 21 Jahren Enquêten und Untersuchungen, trotzdem genügten weder die vorhandenen Bestimmungen, noch die in dem Regierungsentwurfe niedergelegten. Es sei bereits jetzt genügendes Material vorhanden, um auf Grund desselben Schutzbestimmungen zu treffen für die Kinderarbeit in der Heimindustrie und für die in Gast- und Schankwirthschaften beschäftigten weiblichen Personen. Redner empfiehlt Ueberweisung der Vorlage und der Anträge an eine 21gliedrige Kommission. Seine Partei sei gern bereit, auch an ihren Anträgen Verbesserungen vorzunehmen.

Abg. Bassermann (natl.) begründet den zweiten Antrag, der die Wohlthaten des Handelsgesetzbuches den Privatbeamten der Industrie zugänglich machen und diese den Handlungsgehilfen gleichstellen will. Es soll die gleiche Kündigungsfrist eingeführt werden auch für die Techniker, Betriebsleiter, Werkführer u. s. w. Eine Reihe von Bestimmungen seien freudig zu begrüßen, so die Bestimmungen über die Bauerlaubniß für Fabrikanlagen, über die Konzessionspflicht der Gesindemakler, über die Befugnisse der Sachverständigen. Die Vorschriften über die Handlungsgehilfen und die offenen Verkaufsstellen im Regierungsentwurf, insbesondere den Ladenschluß betreffend, könnten im Ganzen gebilligt werden. Für die verheiratheten Gehilfen trete eine nicht zu unterschätzende Förderung des Familienlebens ein, eine Verminderung der Erwerbsgelegenheit für die Kaufleute durch eine Abnahme des Konsums treffe hier ebensowenig zu, wie bei der Sonntagsruhe. Im Allgemeinen hätten die Statistiken der Kommission für Arbeiter-Statistik ein trübes Bild entworfen von der Ausnutzung der Arbeitskraft der Angestellten in offenen Verkaufsstellen. Als Ausführungsorgan fungiere zunächst überall die Polizei. Dürfte sich nicht die Anstellung besonderer Handelsinspektoren empfehlen?

Staatssekretär Graf von Posadowsky hob hervor, daß die Novelle, da sie einen großen Kreis von Angestellten der Segnungen der sozialen Gesetzgebung theilhaftig mache, eine hohe soziale Bedeutung besitze. Die Frage der Krankenversicherung habe man absichtlich und mit gutem Recht nicht unter den Gewerbeordnungsbestimmungen regeln wollen. An Stelle des von einigen Seiten geforderten obligatorischen Ladenschlusses, habe man sich aus Zweckmäßigkeitsrücksichten lieber für eine Minimalruhezeit entschieden. Die vom Abg. Bassermann vorgeschlagene Handelsinspektion sei wohl ein Phantasiegebilde. Gegen die Forderungen, die der Antrag des Frhr. v. Heyl stellt, wandte sich der Staatssekretär mit aller Entschiedenheit. Er erkannte die gute und edle Absicht des Antragstellers an, erklärte aber, daß er die Ausführbarkeit dieser Wünsche bezweifeln müsse.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) wendet sich gegen den Antrag Heyl, der vielfach Undurchführbares verlange. Wie solle dies ganze Heyl'sche Sozialgesetz mit der Gewerbe-Novelle in Uebereinstimmung gebracht werden. Redner verweist des Weiteren darauf, daß die Heimarbeit in gewissen Grenzen doch auch ihre guten Seiten habe. Auch die Bestimmungen des Antrags Heyl für die Gast- und Schankwirthschaften erschienen nicht durchführbar.

Abg. Pfannkuch (Soz.): Die Hausarbeit, die Heimarbeit, in der die Knochen des Arbeiters bis zur Erschöpfung des Greisenalters ausgenutzt werden, sollte am besten ganz wegfallen. Der Regierungsentwurf ist unzulänglich. Die Stellenvermittelungs-Misere ließe sich am besten beseitigen, wenn gesetzlich verboten würde, von Arbeitsuchenden überhaupt Gebühren zu erheben. Die Arbeitgeber müßten diese bezahlen, und die ließen sich nicht so leicht über's Ohr hauen. Auch die Heirathsvermittler müßten unter das Gesetz fallen. Seine Partei werde für die Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer stets eintreten.

Der Sohn der Fremden.

Roman in drei Theilen von O. Elster.

(Nachdruck verboten.)

28 Fortsetzung.

Nach einem tiefen Schlummer erwachte Richard, schwach und matt, aber fieberfrei. Sein Auge fiel auf die derbe Gestalt der Wirthin, welche vor seinem Lager stand. Er lächelte ein wenig. „Ich glaube“, sprach er leise, „ich habe im Fieber gelegen, ich habe phantasirt. Hab' ich Sie erschreckt, Frau Wirthin?“

„O, nicht doch, Herr Wilson, den letzten Theil der Nacht haben Sie sehr gut geschlafen. Wie fühlen Sie sich jetzt?“

„So wohl, wie es meine Verletzungen gestatten. Ach, diese dummen Schrammen am Kopfe würden mir nichts machen, wenn ich nur den Fuß gebrauchen könnte.“

„Wird auch wiederkommen, Herr Wilson. — Uebrigens“ fuhr die Frau fort, „habe ich einen Brief an Sie abzugeben, ... ich glaube, er wird Sie aufregen, fühlen Sie sich stark genug? ...“

„Geben Sie, geben Sie!“ rief der Kranke und richtete sich halb empor.

Als er einen Blick auf die zierliche Handschrift warf, wußte er, von wem der Brief kam, den er hastig öffnete. Nur wenige Zeilen waren es, welche Eleonore ihm schrieb. Man habe sie aus dem Vaterhause verstoßen. Sie sei jetzt heimathlos. Sie gehe nach Hamburg, um von dort aus nach Amerika zu fahren, wo sie eine Stellung als Lehrerin oder dergleichen zu finden hoffe. Sie sehne sich danach, ihn noch einmal wiederzusehen.

„Ich bleibe einige Wochen in Hamburg,“ so schloß der kurze Brief, „es würde mich unendlich freuen und mich beruhigen, wenn ich Sie vor meiner Abreise noch einmal sprechen könnte. Senden Sie mir die Nachricht postlagernd nach Hamburg.“

Richard wußte im ernsten Augenblick nicht, was er denken sollte. Sie hatte um seinetwillen das Vaterhaus verlassen, sie irrte allein in der Welt umher, sie bedurfte seiner Hilfe, es war seine Pflicht, zu ihr zu eilen — ach, daß er hier liegen mußte, daß er nicht in der nächsten Stunde ihr nacheilen konnte.

„Wer brachte den Brief?“

Die Wirthin erzählte, was sich während der Nacht ereignet hatte. Er stöhnte schmerzlich auf. Sie war hier gewesen, sie hatte an seinem Lager gestanden, und er hatte sie nicht gesehen, nicht mit ihr sprechen können!

Die Wirthin horchte an der Thür. „Ich glaube, der Herr Doctor kommt“, sprach sie warnend. „Beruhigen Sie sich ... ich verrathe nichts.“

Richard verbarg den Brief Eleonorens unter seinem Kopfkissen und versuchte sich zu fassen.

Der Arzt trat mit ernstem Gesicht ein, stellte Hut und Stock in eine Ecke des Zimmers und sagte zu der Wirthin: „Lassen Sie uns allein, ich habe mit Herrn Wilson zu sprechen.

Die Wirthin entfernte sich. Der Arzt nahm am Bette Richards Platz, den Verband und den Puls des Kranken prüfend. „Sie haben diese Nacht Fieber gehabt?“

„Ja, Herr Doctor.“

„Sind Sie durch irgend ein Ereigniß aufgeregt worden?“

„Nur durch meine mich quälenden Gedanken ...“

Der Arzt sah Richard forschend an. „Sie wollten mir Vertrauen schenken,“ sprach er mißbilligend. „Sie sagen mir nicht die Wahrheit. Es war Jemand hier ...“

„Ja, während ich schlief.“

„Ist das wahr, Herr Wilson?“

„Ja, Herr Doctor.“

„Sie wissen nicht, daß sich Comtesse Eleonore diese Nacht heimlich vom Schloß entfernt hat?“

„Ich erfuhr es vor wenigen Augenblicken.“

„Ah!“

„Durch einen Brief der Comtesse.“

„Und wissen Sie, wohin sich die Comtesse gewandt hat?“

„Ich bin nicht befugt, es Ihnen zu verrathen.“

„Herr Wilson, ich warne Sie! Man kann Sie strafrechtlich verfolgen wegen Entführung einer minorennen Person ...“

„Ich habe Niemanden entführt,“ entgegnete Wilson. „Comtesse Eleonore ist freiwillig gegangen, und ich wäre ein Thor, wollte ich das Glück von der Hand weisen, das sich mir durch diese freiwillige Trennung der jungen Dame von ihrer Familie eröffnet.“

„Wir leben nicht in Amerika, mein Herr, wo solche Abenteuer straflos bleiben.“

„Ich fühle mich frei von jeder Schuld.“

„Sie weisen also meine Vermittelungsversuche zurück? Der Graf war heute Morgen schon bei mir. Er war sehr zornig — mit Recht, denn es ist unerhört, daß eine gebildete, hochgeborene Dame das Vaterhaus verläßt, um einem Manne zu folgen der.

Der Arzt hielt inne und blickte finster zur Erde.

„Fahren Sie nur fort, Herr Doctor,“ entgegnete Richard ironisch lächelnd. „Sie wollten sagen einem Manne folgen, der so tief unter ihr steht.“

(Fortsetzung folgt.)

Abg. Jakobskötter (kons.) steht dem Regierungsentwurf im Allgemeinen sympathisch gegenüber und hofft, daß ein brauchbares Gesetz zu Stande komme. Hoffentlich erfülle die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln in der Wäsche-Industrie ihren Zweck. Heimarbeit an sich sei etwas so natürliches und so berechtigtes, daß Redner die grundsätzliche Opposition dagegen nicht verstehe. Der gleichzeitige Ladenschluß sei durchaus erstrebenswerth, und es sei mit Freuden zu begrüßen, daß eine Regelung der Frage in dem Sinne angestrebt werde, wie in der Vorlage. Aber ein gesetzlich festzulegender Acht-Uhr-Ladenschluß ohne Ausnahme gehe viel zu weit; ebenso könne doch nicht verlangt werden, daß der Ladeninhaber in der Mittagspause seine Kunden selbst bediene, während der Angestellte eine Stunde lang auf dem Sopha sitzt. Abg. Pauly (b. k. Fr.): Das gesammte Handwerk unter Polizeiaufsicht zu stellen, bedeute eine Schädigung des Handwerks. Redner schließt sich dem Antrage auf Kommissionsberathung an.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung der heutigen Berathung.

(Schluß 5¼ Uhr.)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom 19. April.

Auf der Tagesordnung stehen die konservativen und freikonservativen Anträge betr. die Regelung der Schulunterhaltungspflicht. Während der freikonservative Antrag Reinecke die Schulunterhaltungspflicht allgemein den bürgerlichen Gemeinden und Gutsbezirken auferlegen will, will der konservative Antrag zugleich den konfessionellen Charakter der Volksschule gewahrt wissen.

Abg. Reinecke begründet seinen Antrag.

Abg. v. Heydebrand (kons.) empfiehlt den Antrag seiner Partei. Der konfessionelle Charakter der Schule, sowie die Rechte der Eltern und Gemeinden bedürfen der besonderen gesetzlichen Festlegung. Redner richtet an den Minister die dringende Bitte, auf diesem wichtigen Gebiet den ersten Schritt zu thun.

Abg. Seydel (ntl.) schließt sich Namens seiner politischen Freunde dem Antrage Reinecke an, dessen Kommissionsberathung er für nöthig hält.

Abg. Winckler (kons.) steht auf dem Standpunkt des Herrn v. Heydebrandt.

Abg. Rickert (frs. Verg.): Es scheint, als ob die Herren vom Centrum und die Konservativen die Forderung mit der eines Schulgesetzes à la Zedlitz verquicken wollen. Dann wird allerdings nichts zu Stande kommen.

Abg. Bänsch (frkons.): Der Nothstand ist ein so großer und allseitig anerkannter, daß die Regierung sicher sein kann, die Summe vom Hause bewilligt zu erhalten, die sie zur Bestreitung des Bedürfnisses gebraucht. Das Ziel beider Anträge ist dasselbe; die besonderen Forderungen der Konservativen aber erschweren die Erreichung des Zieles.

Abg. Dr. Friedberg (ntl.) stimmt dem Antrag Reinecke zu.

Abg. Dr. Porsch (Ctr.): Jedenfalls muß der Versuch gemacht werden, auf dem Boden der Verfassung die Frage der Schulunterhaltungspflicht zu regeln. Wir können nur dem Antrag Heydebrand den Vorzug geben; wir müssen fordern, daß die Volksschulverhältnisse gesetzlich festgelegt und der ministeriellen Willkür entrückt werden.

Minister Bosse erkennt die Nothwendigkeit eines Schulunterhaltungsgesetzes an, namentlich bedürfen die Dinge in Schlesien der Regelung. Ich unterhandle bereits mit dem Finanzmister. Ich bin ein Freund der Konfessionalität, warne aber davor, die Regelung der Schullasten durch Bestimmungen über die Konfessionalität zu gefährden.

Abg. Wetekamp (frs. Vp.) erklärt, daß seine Freunde sich an der Kommissionsberathung im Sinne des Antrages Reinecke betheiligen werde, ebenso Abg. Pohl (frs. Verg.).

Nachdem noch die Abgg. Bartels (kons.), v. Richthofen und v. Heydebrand (kons.) und Dr. Sattler (ntl.) gesprochen, wird ein Antrag v. Kardorff (frkons.), über den Antrag auf Kommissionsberathung namentlich abzustimmen, befolgt. Dabei wird der Vorschlag auf Kommissionberathung mit 177 gegen 132 Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag Reinecke selbst, dagegen der konservative Antrag angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag. (Gesetzentwurf betr. die Dienststellung der Kreisärzte und die Bildung von Sanitätskommissionen.)

Provinzial-Nachrichten.

— **Gollub**, 17. April. Die städtischen Behörden haben beschlossen, dem sich hier niederlassenden Baugewerksmeister für die Wahrnehmung der Thätigkeit eines Stadtbaubeamten eine jährliche Vergütung von 400 Mark zu zahlen. — Seit etwa 8 Tagen haben Tausende von Arbeitern aus Rußland, die theils nach Amerika auswandern, theils in Preußen Arbeit nehmen wollen, den hiesigen Grenzübergang passirt. Täglich werden Auswanderer-Trupps durch die Polizei nach der Kontroll-Station Ottlotschin gebracht.

— **Marienwerder**, 19. April. Herr Pfarrer Steffen, der 37 Jahre an der Spitze der hiesigen katholischen Gemeinde stand, ist heute Nacht im Alter von 64 Jahren einem Herzschlage erlegen. Von einer schweren Krankheit, die ihn vor länger als Jahresfrist betroffen, konnte er sich nicht mehr voll erholen. — Herr Molkereiinstruktor Amend, der in weiteren Kreisen der Provinz bekannte Beamte der Westpreußischen Landwirthschaftskammer, ist vorgestern plötzlich in Folge eines Herzschlages gestorben.

— **Marienburg**, 17. April. Eine Mordthat ist gestern Nachmittag gegen ½3 Uhr auf der Chaussee zwischen Altfelde und Katznase verübt worden. Als der Kutscher des Besitzers Lietz vom Bahnhof Altfelde zurückgefahren kam, fand er eine etwa 50 Jahre alte Frauensperson im Chausseegraben an der Scheune des Gutsbesitzers Pahlmann mit einem tiefen Messerstich dicht unter dem Herzen ermordet liegen. Derselben Frau begegnete der Kutscher einige Zeit zuvor, als er nach der Bahn fuhr, in Gesellschaft eines jungen Mannes auf der Chaussee. Die Ermordete ist, wie sich später herausstellte, eine Arbeiterfrau Kosselowski aus Lichtfelde. Im Verdacht der Thäterschaft soll ihr Schwiegersohn stehen, welcher angeblich in letzter Zeit verdächtige Redensarten geführt hat.

— **Pelplin**, 18. April. Zum Nachfolger des bisherigen Regens des Klerikalseminars Dr. Rosentreter, erwählten Bischofs von Culm, ist Herr Domkapitular Dr. Schwanitz ernannt. Als Professor der Philosophie ist Herr Dr. Domański, bisher Lehrer am Collegium Marianum, berufen worden. — Herr Domprobst Stengert ist zum Geistlichen Rath am bischöflichen Konsistorium ernannt worden.

— **Stuhm**, 17. April. Die hiesige etwa 70 Mann starke Schützengilde beschloß in der heutigen Generalversammlung, dem Westpr. Provinzial-Schützenbund beizutreten, dem bereits 16 Mitglieder als Einzelmitglieder seit zwei Jahren angehören.

— **Elbing**, 18. April. Die Cigarrenfabrik von Löser und Wolff in Elbing begeht in den Pfingstfeiertagen ihr 25jähriges Bestehen.

— **Königsberg**, 16. April. Ein Nachspiel zum Prozeß Rosengart beschäftigte am Sonnabend das Schöffengericht. Es handelte sich um einen Beleidigungsprozeß, in welchem der bekannte Bruder der Frau Rosengart Adameit gegen den Referendar a. D. Wolff als Kläger und letzterer als Gegenkläger auftrat. Die Beweisaufnahme ergab, daß sowohl Adameit wie Wolff sich gegenseitig zu wiederholten Malen die gröbsten Schimpfworte an den Kopf geworfen hatten. Das Schöffengericht verurtheilte jeden wegen Beleidigung in zehn Fällen zu 50 Mark Geldstrafe.

— **Inowrazlaw**, 18. April. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Kämmereikassen-Etat in Ausgabe und Einnahme mit 507 100 Mark festgesetzt und nach langer Debatte beschlossen, 185 Prozent der Einkommensteuer, 168 Prozent der Realsteuer und 100 Prozent der Betriebssteuer zu erheben. Zur Berathung gelangte dann die Bewilligung der Kosten zur Pflasterung und Kanalisation der Jacewoer Landstraße und zur Herstellung eines Verbindungsweges zwischen dieser Straße und der Plawineker Chaussee. Diese Position hängt mit der Verlegung des Artillerie-Regiments nach hier zusammen. Es war beschlossen, den Verbindungsweg von der Mitte der Kaserne nach der Chaussee zu legen. Jedoch erklärten sich mehrere Adjazenten damit nicht einverstanden. Da diese nicht gezwungen werden können, wird ein neuer Verbindungsweg vorgeschlagen, der seinen Anfang am Ende der Kaserne nimmt. An diesem Wege hat die Kommune Bauplätze. Ferner ist der Umstand bestimmend, daß sich die Herren Josef Cohn und Schwirtz bereit erklärt haben, die Straße auf ihre Kosten herstellen zu lassen und die Pflasterungskosten in Höhe von 8500 Mark zu übernehmen. Es wurde nun beschlossen, diesen Weg zu nehmen. Ferner soll die Jacewoer Landstraße in einer Breite von 8 Metern gepflastert werden. Der Gesammtkostenanschlag beläuft sich auf 22 000 Mark. Dazu wurde beschlossen, daß die Adjazenten, wie üblich, ein Drittel der Kosten beisteuern; ferner soll der Magistrat den Kreis um eine Beihülfe angehen. Die Jacewoer Landstraße wird von einem Graben begrenzt, der nun durch Kanalisation beseitigt werden soll. Die Kosten belaufen sich auf 26 000 Mark. Die Firma Schwirtz machte der Versammlung die Offerte, die Kanalisation für 20 000 Mark zu übernehmen. Schließlich wurde beschlossen, die Kanalisation auf dem Submissionswege zu vergeben.

— **Posen**, 17. April. Heute Nachmittag fand im Oberpräsidium eine Konferenz statt, in welcher die Baupläne für die Kaiser Wilhelm-Bibliothek und den Neubau des Provinzialmuseums erörtert wurden. Ueber das Ergebniß verlautet, daß mit dem Abbruch der Grundstücke auf den Bauplätzen in der Ritterstraße und der Wilhelmstraße demnächst begonnen wird. Die eigentlichen Bauarbeiten werden mit großem Eifer betrieben werden, so daß voraussichtlich noch im nächsten Jahre beide Monumentalbauten im Rohbau vollendet sein werden.

Lokales.

Thorn, 20. April 1899.

≅ [Stadtverordneten-Sitzung] am Mittwoch, den 19. April 1899 Nachmittags 3 Uhr. Anwesend sind 27 Stadtverordnete und am Tische des Magistrats Bürgermeister Stachowitz, Syndikus Kelch, sowie die Stadträthe Borkowski, Dietrich, Kriwes und Tilk. Den Vorsitz führt der Stadtverordneten-Vorsteher Professor Boethke.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Bürgermeister Stachowitz mit, daß Oberbürgermeister Kohli bis zum 1. Juni beurlaubt ist. — Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

Verwaltungs-Ausschuß.

Berichterstatter für den Verwaltungsausschuß ist Stadtv. Hensel. Zur Bekiesung und Bepflanzung des Schulhofes der vierten Gemeindeschule (auf Jacobsvorstadt, Rektor Schüler) werden 239,85 M. bewilligt. — Die hiesigen Elektrizitätswerke Felix Singer & Co. haben an den Magistrat ein Gesuch gerichtet um Ermäßigung des Wasserzinses für das zu Betriebszwecken erforderliche Wasser. Der Magistrat hat diesem Gesuch wie stets, wenn es sich um gewerbliche Anlagen handelt, Rechnung getragen und beantragt, den Elektrizitätswerken das Wasser für Betriebszwecke in der Weise zu ermäßigtem Preise abzugeben, daß sie bei einem Bedarf von 2000 bis 10 000 Kubikmeter jährlich 18 Pf. und darüber hinaus nur 10 Pf. pro Kubikmeter zu zahlen haben. In letzter Zeit haben die Elektrizitätswerke im Durchschnitt 400 Kubikmeter täglich verbraucht. Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage zu, ebenso auch einem Zusatzantrage des Stadtv. Cohn, wonach die Preisermäßigung jederzeit widerruflich ist.

Eine Debatte knüpft sich an die nächste Vorlage, betr. Prüfung der Schulgeldsätze an den hiesigen gehobenen städtischen Schulen. Bekanntlich ist in der Stadtverordneten-Versammlung früher einmal angeregt worden, ob in den gehobenen städtischen Schulen nicht eine Erhöhung des Schulgeldes, wenigstens für die auswärtigen Schüler, in Erwägung zu ziehen sei. Der Magistrat hat darauf eine Tabelle aufstellen lassen und die Schuldeputation veranlaßt, sich mit der Frage der Schulgelderhöhung zu beschäftigen. Die Schuldeputation ist denn auch zu der Ansicht gekommen, daß für die einheimischen Schüler allerdings von einer Schulgelderhöhung Abstand zu nehmen sei, daß für die auswärtigen Schüler aber, namentlich für diejenigen, welche nicht in Thorn in Pension sind, eine Erhöhung des Schulgeldes in mäßigen Grenzen wohl angebracht erscheine. Der Magistrat ist diesen Beschlüssen jedoch nicht beigetreten und hat von einer Schulgelderhöhung ganz Abstand genommen, da das Schulgeld in unseren gehobenen Schulen bereits ebenso hoch sei, als z. B. in Bromberg, Graudenz, Elbing rc., zum Theil sogar höher. — Der Ausschuß ist jedoch anderer Ansicht als der Magistrat, und empfiehlt, diesem die Vorlage zurückzugeben mit der Anheimgabe, die Frage nochmals zu prüfen und event. für die auswärtigen Schüler und Schülerinnen, soweit sie nicht in Thorn in Pension sind — es sind dies nach der vorgelegten Aufstellung etwa 200 — eine Erhöhung des Schulgeldes um durchschnittlich 10 Mark in Erwägung zu ziehen. — Stadtv. Uebrick befürwortet den Ausschußantrag. Unsere gehobenen Schulen, die uns sehr hohe Kosten verursachen, würden von sehr vielen auswärtigen Schülern und Schülerinnen besucht, die hier nicht in Pension sind, also namentlich aus unseren Nachbarorten Mocker und Podgorz. Diese Gemeinden hätten keine Aufwendungen für gehobene Schulen zu machen. Man wolle nun die Kinder aus diesen Gemeinden keineswegs von unseren gehobenen Schulen fernhalten, aber ein etwas höheres Schulgeld sei für diese Schüler wohl am Platze. Anders stehe die Sache bei denjenigen auswärtigen Schülern, welche bei Thorner Bürgern in Pension sind, denn von diesen hätten die städtischen Steuerzahler doch einen gewissen Vortheil, was bei denjenigen Schülern, die hier nicht in Pension sind, nicht der Fall sei. Allein die Bürgermädchenschule werde von über 100 Schülerinnen besucht, die in Thorn nicht in Pension sind. — Bürgermeister Stachowitz: Das finanzielle Ergebniß einer Schulgelderhöhung nach den Vorschlägen der Schuldeputation (durchschnittlich 6 Mk. für jeden auswärtigen Schüler, der hier nicht in Pension ist) sei nur sehr gering, es betrage nur etwa 1200 Mk. Deshalb habe der Magistrat von der Annahme der Vorschläge abgesehen. Einen gewissen Vortheil hätten wir doch immer auch von den Schülern aus unseren Nachbarorten, wenn sie auch nicht bei uns in Pension sind. Auf jeden Fall könne eine Schulgelderhöhung nur für diejenigen auswärtigen Schüler in Frage kommen, die in Thorn nicht in Pension sind, also diejenigen aus den Nachbargemeinden. — In diesem Sinne ist die Anregung des Ausschusses, die Frage nochmals in Erwägung zu ziehen, auch nur gemeint; dieselbe wird bei der Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Die Vorlage des Magistrats ist durch Kenntnißnahme erledigt.

Der Brauereibesitzer Horwitz bittet, den zwischen ihm und der Stadt abgeschlossenen Miethsvertrag über das Zwingergrundstück auf die Dampfmühlenfirma Gerson & Co. zu übertragen. Der Antrag lautete auf eine Vertragsverlängerung für die Dauer von 5 Jahren. Der Magistrat hat sich jedoch vorläufig nur für eine Verlängerung des Vertrages auf zwei Jahre entscheiden können, und die Versammlung stimmt dem zu. Der jährliche Miethspreis beträgt 600 Mk. — Die Mannschaften der Nachtfeuerwache erhielten bisher eine Entschädigung von 1,25 Mk. für die Nacht. Sie haben, nachdem unlängst den Spritzenmeistern der Nachtfeuerwache eine Zulage gewährt worden ist, auch um eine Zulage ersucht, und zwar um 50 Pf. pro Nacht. Der Magistrat hat nur eine Erhöhung um 25 Pf., also von 1,25 auf 1,50 Mk. bewilligt, und die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden. — Der Mechaniker Gesicki hat gebeten, ihn von dem Vertrage über die Unterhaltung der Feueralarmapparate, wofür er eine monatliche Vergütung von 12 M. erhielt, zu entbinden. Der Vertrag wird dem Magistratsantrage gemäß auf den Elektriker Rauck übertragen, dem eine monatliche Entschädigung von 13,50 Mark zugebilligt wird.

Die Gewährung einer persönlichen Zulage von 80 Mk. pro Jahr an den Probenehmer Lewandowski im Schlachthause wird ohne Debatte genehmigt. — Von der Besetzung der 2. Maschinistenstelle im Schlachthause für die Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober d. Js. durch den Schlosser Bittolla wird Kenntniß genommen und das Gehalt desselben mit 900 Mark bewilligt. — Der Materialien-Verwalter Schmidt bei der Gasanstalt, ein bejahrter Mann, ist seit längerer Zeit erkrankt. Die Stelle soll vom 1. Mai ab mit einer neuen Kraft besetzt werden. Schmidt soll für den Monat April noch sein volles Gehalt bekommen, während ihm vom 1. Mai ab zu seiner Altersrente aus städtischen Mitteln eine Zulage von 450 Mk. jährlich bewilligt wird.

Der nächste Punkt betrifft die Regelung der verlängerten Wilhelmstraße am Wilhelmsplatz. Es war dieserhalb zwischen der Stadt und der Fortifikation bereits ein Uebereinkommen zu Stande gekommen. Danach sollte der Straßentheil zwischen der Garnisonkirche und der Wilhelmskaserne auch, wie der übrige Theil der Wilhelmstraße als Doppelstraße mit einem Promenadenweg in der Mitte angelegt werden. Die Garnisonbauverwaltung hatte der Stadt auch schon einen Zuschuß von 5000 Mk. zugesagt. Das Kriegsministerium hat sich zu diesem Uebereinkommen aber leider ablehnend verhalten. Die Militärverwaltung, so heißt es in dem Bescheide, habe kein Interesse an dem geplanten Ausbau der Straße. Das Kriegsministerium sei allerdings bereit, den für die Verbreiterung der Straße erforderlichen Streifen Land unentgeltlich abzutreten, müsse aber jeden finanziellen Zuschuß ablehnen. Ganz unmöglich sei es ferner, den (an der Kirche belegenen) Truppenaufstellungsplatz dem öffentlichen Verkehr zu übergeben. — Der Magistrat hat nun beschlossen, der Militärbehörde mitzutheilen, daß die Stadt das Projekt der Ausstattung der verlängerten Wilhelmstraße mit einem Promenadenwege als gescheitert ansehe, und zugleich, daß der sog. Truppenaufstellungsplatz gewissen gesetzlichen und ortsstatutarischen Beschränkungen unterliegt und nicht bebaut werden darf. — Die Versammlung stimmt dem Magistratsbeschlusse ohne Debatte zu.

Finanz-Ausschuß.

Für den Finanz-Ausschuß ist Stadtv. Adolph Berichterstatter. Von der vorgelegten Bescheinigung, daß ausgelooste Werthpapiere bei der Kämmereiverwaltung nicht vorhanden sind, wird Kenntniß genommen, desgleichen von den Protokollen über die monatlichen Revisionen der Kämmereihauptkasse (Summe der Vorschüsse 838 592 Mk.) und der Kasse der Gas- und Wasserwerke vom 29. März d. Js. — Eine Ueberschreitung von 83,03 Mk. bei Tit. I. B. Pos. 8 b des Kämmereietats pro 1898/99 „zu Bekanntmachungen in anderen Blättern“ wird genehmigt, ebenso eine Ueberschreitung von 128,39 Mk. bei Tit. IV., Pos. 2 des Ziegeleietats „Verkaufs-Vergütung für Ziegel“; es sind nämlich an Herrn Stadtrath Matthes insgesammt 478,39 Mk. an Provision zu zahlen, während hierfür nur 350 Mk. in den Etat eingestellt waren. — Ohne Debatte erfolgte auch die Nachbewilligung von 145,74 Mk. zu Tit. IV., Pos. 1a des Etats der höheren und Bürgermädchenschule „zur baulichen Unterhaltung der Gebäude“.

Von dem Rechnungsabschluß des Depositoriums der milden Stiftungen für das Jahr 1898 wird Kenntniß genommen. Dem Berichterstatter Stadtv. Adolph ist bei diesem Rechnungsabschluß ein sog. „Deposital-Verwaltungsfonds“ aufgefallen; Redner meint, man müsse diesen Fonds doch auf irgend eine Weise für städtische Ausgaben heranziehen können, was Bürgermeister Stachowitz bezweifelt. Der Fonds beträgt z. Z. 16 520 M. — Der Rechnung der Schlachthauskasse 1. April 1897/98 wird Entlastung ertheilt; die Rechnung stimmt mit dem bereits früher mitgetheilten Finalabschluß überein, die Einnahmen betrugen 80 113 M., gegen 73 344 im Etat, die Ausgaben 73 017 M., Baarbestand 8 095 M. — Von dem vorgelegten Geschäftsbericht und dem Finalabschluß der Sparkasse für das Rechnungsjahr 1898 nimmt die Versammlung Kenntniß und eine Ueberschreitung von 15 M. beim Schuletat (I. Gemeindeschule) pro 1898/99 für feuchtes Aufwischen der Klassen wird genehmigt. — Damit ist die Tagesordnung erschöpft und die Sitzung wird geschlossen.

≠ [Personalien.] Der Lehrer Boenisch in Dt. Rogau tritt mit dem 31. Mai in den Ruhestand.

X [Personalien beim Militär.] Christ, Oberleutnant im Fußartillerie-Regiment Nr. 2, ist unter Beförderung zum Hauptmann als Compagnie-Chef in das Fußartillerie-Regiment Nr. 15 versetzt; Garnison-Verwaltungs-Inspektor Schirletzki, auf dem Schießplatz Thorn stationirt, ist zum 1. Mai als Garnison-Verwaltungs-Controleur nach Brieg (Schlesien) versetzt; Kaserneninspektor Drewello in Thorn ist zum Garnison-Verwaltungskontroleur ernannt.

von Rettberg, Oberleutnant im Inf.-Regt. Nr. 162, als Adjutant zum Gouvernement von Thorn kommandirt; Kohlbach, Major und Bataillons-Kommandeur im Fußart. Regt. Nr. 15, unter Stellung a la suite des gen. Regiments zum Direktor der 1. Artillerie-Depot-Direktion in Posen ernannt; Dähne, Major im Stabe des Fußart.-Regts. Nr. 15, zum Bataillons-Kommandeur ernannt; Sauer, Hauptmann im Fußart.-Regt. Nr. 15, zum Major befördert; Studenschmidt, Oberleutnant im Fußart.-Regt. Nr. 11, als Adjutant zur 4. Fußart.-Brigade nach Straßburg i./E. kommandirt; Schenkenmeyer, Hauptmann im Inf.-Rgt. Nr 59 und Adjutant des Gouvernements von Thorn, der Abschied bewilligt.

? [Kaiser Wilhelm-Denkmal.] In der Angelegenheit der Errichtung eines Denkmals für den verewigten Kaiser Wilhelm I. in Thorn hat sich unsere gestern an dieser Stelle ausgesprochene Hoffnung, daß die Angelegenheit in der zu gestern Abend nach dem Spiegelsaale des Artushofes einberufenen Sitzung des weiteren Denkmalsausschusses ein gut Stück weiter gefördert und der Verwirklichung näher gerückt werden möge, erfreulicher Weise erfüllt: Es wurde nach langer eifriger Debatte mit allen gegen eine einzige Stimme ein Antrag des Freiherrn von Reitzenstein angenommen, welcher lautete: „Am 1. April 1900 werden die Sammlungen für das in Thorn zu errichtende Kaiser Wilhelm-Denkmal geschlossen und es ist alsdann sogleich je nach dem an diesem Tage vorhandenen Kassenbestand einschließlich der noch zugesicherten Beträge mit der Beschaffung und Aufrüstung des Denkmals zu beginnen.“ — Die Versammlung unter dem Vorsitz des Herrn Amtsgerichtsrath Jacobi war von Vertretern aller Berufskreise und Stände — Civil und Militär — recht zahlreich besucht. Herr Bildhauer Georg Meyer aus Steglitz erläuterte zunächst die von ihm ausgestellten Entwürfe. Der erste, von uns an dieser Stelle neulich eingehend beschriebene Entwurf mit den Medaillonbildnissen Bismarck's, Moltke's und Roon's würde 20 000 M. kosten, einschließlich Fracht und Aufstellung des Denkmals, aber ausschließlich der Kosten für Fundamentirung, Umwährung rc., welche vom Denkmalsausschuß zu tragen sind. Die auf dem Granitunterbau stehende Figur des Kaisers wird 2,65 Meter hoch sein und aus bester Bronce hergestellt werden. Aus derselben Bronce sind auch die erwähnten Medaillonbildnisse und der Reichsadler. Der Unterbau, der 4 Meter im Quadrat = 16 qm. bedeckt, würde aus

Granit bestehen, und zwar die Stufen aus rohem, das übrige aus polirtem **deutschen** Granit, der sich zu der Bronce besonders schön ausnimmt. Falls schwedischer Granit zu Verwendung kommen soll, würde sich der Preis des Denkmals um etwa 800 bis 1500 Mk. erhöhen. — Dieser Entwurf fand, wie bemerkt, unlängst in der Sitzung des engeren Ausschusses besondere Anerkennung und erfreute sich, soweit sich beurtheilen läßt, auch gestern besonderer Beachtung. — Ein zweiter Entwurf, dessen Unterbau an den vier Ecken mit Adlern geziert ist, aber ohne die oben erwähnten Medaillonbildnisse der Paladine Kaiser Wilhelm I, würde 23 000 M. kosten, ein dritter, eine Grundfläche von 5,60 zu 12 Meter bedeckend, mit einer Frauengestalt und zwei Löwen aus Bronce als Beiwerk, 45 000 M. — Es entspann sich, wie schon oben erwähnt, eine lange angeregte Debatte, auf deren Einzelheiten, die zum Theil recht interessant waren, wir noch zurückkommen werden. Herr Kaufmann **Schwartz** jun. hielt eine Stellungnahme noch für verfrüht, da wir noch lange nicht am Ende unserer Sammlungen seien und unter allen Umständen nur etwas durchaus Vollkommenes schaffen dürften. Herr Amtsgerichtsrath **Jacobi** wies demgegenüber darauf hin, daß es dem engeren Ausschuß nur darauf ankomme, die Stimmung zu erforschen, ob man sich mit einem einfachen, aber durchaus würdigen Denkmal begnügen wolle, oder ob man auf ein Prunkdenkmal für etwa 70 bis 100 000 Mk Anspruch mache. Im letzteren Falle könnten wir vielleicht noch 10 Jahre sammeln, ohne zum Ziele zu kommen, während wir bei der Wahl eines minder kostspieligen Denkmals vielleicht schon in etwa 2 Jahren die Enthüllung desselben begehen könnten. — Der letzteren Ansicht schloß sich die überwiegende Mehrzahl der Redner mit Entschiedenheit an, und es wurde schließlich, wie schon gesagt, der obige Antrag des Herrn Generalmajor **von Reitzenstein** mit allen Stimmen gegen diejenige des Herrn Schwartz angenommen. Inzwischen sollen die **Sammlungen** auf das eifrigste fortgeführt werden, die hoffentlich jetzt, wo ihnen ein bestimmtes und sehr nahes Ziel gesetzt ist, noch recht erfreuliche Ergebnisse haben werden. Der engere Ausschuß wird inzwischen auch noch mit anderen Bildhauern Verbindungen anknüpfen und anerkannte Kunstkritiker zu Rathe ziehen, um schließlich reiflich erwogene endgültige Vorschläge hinsichtlich der Wahl des Denkmals machen zu können. Die **Platzfrage** ist natürlich auch noch offen; gestern wurden u. A. der Wilhelmsplatz (vor dem Thurmportal der Garnisonkirche), der altstädtische Markt (vor dem Westportal des Rathhauses gegenüber dem Hauptpostamt oder an der Rathhausecke nach dem Hauptzollamt zu als Gegenstück zum Coppernicusdenkmal) sowie endlich der Platz am Bromberger Thor vor dem event. dort einmal zu erbauenden Stadttheater genannt.

□ [**Sitzung der Thorner Handelskammer vom 18. April.**] Der Vorsitzende begrüßt zunächst die aus den angegliederten Kreisen **Culm, Briesen, Strasburg** und **Löbau** erschienenen Mitglieder und spricht die Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenwirken aus, was ja bei der vorhandenen Gemeinsamkeit der Interessen sicherlich zu erwarten sei. Die Handelskammern seien zwar in der Hauptsache nur berathende Körperschaften, doch könnten sie, falls sie ihre Aufgaben stets eifrig und sachlich zu lösen suchen und immer die Förderung des Gemeinwohls im Auge haben würden, höchst segensreich für ihre Bezirke wirken. Er bittet die älteren Mitglieder, sich zur Begrüßung der neueingetretenen von ihren Plätzen zu erheben, wofür in deren Namen Herr Brauereibesitzer **Bauer** aus Briesen dankt. — Zur Kenntniß der Kammer wird sodann eine Mittheilung des Handelsministers gebracht, wonach im Interesse deutscher Gläubiger künftig im nichtamtlichen Theile des deutschen Reichsanzeigers unter der Rubrik Handel und Gewerbe regelmäßige Mittheilungen über die in Serbien, Rumänien, Bulgarien, Galizien und der Bukowina eintretende Konkursfälle zur Veröffentlichung kommen werden. — Infolge eines Sitzungsbeschlusses der Vereinigung der östlichen Handelskammern haben die Kammern zu Breslau und Posen eine an den deutschen Handelstag gerichtete Eingabe über eine Verbilligung der Preßtelegramme ausgearbeitet. Die Berliner Handelsvertretung soll ermächtigt werden, auch die Unterschrift der hiesigen Kammer unter den Antrag zu setzen. — Durch die Erweiterung der Handelskammer ist eine **Abänderung des Wahlstatuts** nöthig geworden. Der vorgelegte Entwurf wurde genehmigt und ist nun dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe zur Genehmigung einzureichen. Nach diesem Entwurf soll die Kammer künftig den Namen „**Handelskammer zu Thorn**“ führen, deren zwanzig Mitglieder in den einzelnen Kreisen die gleichzeitig die Wahlbezirke bilden, derart gewählt werden sollen, daß der Wahlbezirk Thorn 12 Mitglieder und die Wahlbezirke Briesen, Culm, Löbau und Straßburg je 2 Mitglieder wählen. Bei den ersten beiden Ergänzungswahlen sollen je 6, bei der dritten 8 Mitglieder ausscheiden und die ersten Ergänzungswahlen bereits Ende 99 stattfinden. — Der gleichfalls vorgelegte Entwurf einer **Geschäftsordnung** wurde mit einigen kleinen Abänderungen angenommen. Die Geschäftsordnung tritt nach § 37 des Handelskammergesetzes sofort in Kraft und ist nur dem Herrn Regierungspräsidenten zur Kenntnißnahme mitzutheilen. — Zu den Unterhaltungskosten der **kaufmännischen Fortbildungsschule** in Thorn, soweit sie nicht durch den Staatszuschuß, die Schulbeiträge der Kaufleute und den Zuschuß der Stadt Thorn gedeckt werden, wird die Kammer einen jährlichen Beitrag bis zur Höhe von 500 Mark geben. — Es wurde sodann über den Gesetzentwurf, betreffend Abänderungen von Bestimmungen über das Postwesen, über den Entwurf einer Fernsprechgebührenordnung und die beabsichtigte Abänderung der Gewerbeordnung referirt. Gegen die in dem erstgenannten Entwurf enthaltene Reform des Postzeitungstarifs ist die Kammer schon vor einiger Zeit vorstellig geworden; im übrigen steht sie davon ab, zu den Entwürfen Stellung zu nehmen. — Ein Antrag des Herrn **Rawitzki** auf Erbauung eines neuen Lagerschuppens am Hauptbahnhofe wurde an die Baukommission verwiesen.

h [**Gottesdienst für Taubstumme.**] Herr Pfarrer **Jacobi**, welcher bekanntlich vor einiger Zeit einen mehrwöchigen Kursus an der Taubstummen-Anstalt zu Marienburg absolvirt hat, um sich die Umgangssprache der Taubstummen anzueignen, wird hier in Thorn am Sonntag den 23. d. M. Nachmittags 2 Uhr im Konfirmandenzimmer des Altstädtischen evangelischen Pfarrhauses, Bäckerstraße Nr. 20 einen **Gottesdienst für evangelische Taubstummen** abhalten. Es ist dies der erste Gottesdienst dieser Art, welcher in Thorn abgehalten werden wird. Im Interesse der guten Sache und des fürsorglichen Bemühens des Herrn Pfarrer Jacobi, werden sämmtliche in Thorn und Umgegend ansässige evangelische taubstumme Personen gebeten, zu diesem Gottesdienste vollzählig zu erscheinen, denn von der Zahl der Erschienenen wird das fernere Bestehen dieses Gottesdienstes abhängig sein.

M [**Der Centralverband deutscher Kaufleute**], an dessen Spitze Senator Schulze-Gifthorn steht, wird in den Tagen vom 22 bis 24. August in der Reichshauptstadt seinen diesjährigen **Verbandstag** abhalten. Der Verband umfaßt über 300 kaufmännische Vereine mit etwa 20 000 Mitgliedern.

A [**Postanweisungsverkehr.**] Nachdem der **höchste Betrag der Postanweisungen** durch die Postverwaltung auf 800 Mark festgesetzt worden ist, hat das Staatsministerium beschlossen, daß die Vorschrift der früheren Staatsministerialbeschlüsse von 1869 und 1879, wonach Zahlungen an **Privatempfänger** bis zu 400 Mark im Wege des Postanweisungsverkehrs bewirkt werden können und der **Posteinlieferungsschein** als giltiger Rechnungsbelag angesehen wird, auf Sendungen dieser Art bis zum Betrage von 800 Mk. sowie auf solche Zahlungen auszudehnen ist, die bis zu dieser Höhe an öffentliche in- und ausländische **Behörden und Kassen**, staatliche wie nichtstaatliche, durch Postanweisungen geleistet werden.

— [**Zur schnelleren Telegrammbestellung**] werden jetzt bei den selbstständigen etwa 80 Telegraphenämtern in den größten Städten nach und nach **jugendliche Boten** gegen Stücklohn angestellt werden. Sie dürfen nicht unter 16 und nicht über 17 Jahre alt sein; Söhne von Postunterbeamten werden bevorzugt. Der Stücklohn wird derart bemessen (5–10 Pf. für das Telegramm), daß die jugendlichen Telegrammbesteller etwa bis zu 2 Mark verdienen; sie bleiben in dieser vorbereitenden Beschäftigung, bis ihre Annahme als Postunterbeamte möglich wird.

* [**Zur Maikäfer- bezw. Engerlings-Plage**] Voraussichtlich findet in diesem Jahre ein sog. Flugjahr für die Maikäfer statt, welches einen für die Landwirthschaft nicht minder wie für die Forstwirthschaft und den Obstbau bedrohlichen Umfang annehmen dürfte, sodaß es geboten ist, umfassende Vertilgungsmaßregeln zu ergreifen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Maikäferplage an vielen Stellen als eine gemeine Noth erscheint. Ueberall, wo dies der Fall ist, können die Ortspolizeibehörden nach § 360 Nr. 10 des Strafgesetzbuches die Einwohnerschaft aufbieten, um die Sammlung und Vernichtung der Maikäfer durchzuführen. Am erfolgreichsten ist bisher die Vertilgung der Maikäfer da durchgeführt worden, wo Gemeinde- und Gutsbezirke oder auch größere kommunale Verbände bezw. landwirthschaftliche Vereine für Ablieferung einer gewissen Menge Maikäfer eine angemessene Prämie bezahlt und die Vernichtung der abgelieferten Maikäfer überwacht haben. Bekannt ist, daß die Sammlung der Maikäfer erfolgreich nur während eines kurzen, wenige Tage umfassenden Zeitraums in den frühen Morgenstunden vorgenommen werden kann.

+ [**Das Kammergericht**] hat nach der „Berl. Volksztg.“ entschieden, daß auch **photographische Schaukästen** zu den „**Schaufenstern**“ und Photographien zu den „**Waaren**“ gehören. Mithin unterliegen solche Schaukästen den polizeilichen Bestimmungen über die Sonntagsheiligung und müssen während der Zeit des Gottesdienstes **verhängt** werden.

+ [**Veränderter Postgang.**] Vom 23. April 1899 ab erhält die **Kariolpost Thorn-Heimsoot** an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen den nachfolgenden veränderten Gang:

unverändert ↓		↑
	Thorn I	6^{25}
	Schönwalde	5^{50}
	Swierzynko	5^{5}
	Heimsoot	4^{0}

†† [**Fernsprechverbindung Petersburg-Berlin.**] Das Projekt einer Fernsprechverbindung zwischen Petersburg-Warschau-Berlin über **Königsberg** ist, wie der „K. H. Z.“ aus Petersburg gemeldet wird, doch bereits **angenommen** worden. Seine Ausführung wurde angeblich dem Ingenieur **Nowicki**, dem Erbauer der Fernsprechlinie Petersburg-Moskau, übertragen.

** [**Der Radfahrerverein „Pfeil“**] hat in seiner letzten Generalversammlung den Beschluß gefaßt, sich dem deutschen Radfahrerbund anzuschließen. 20 Mitglieder des „Pfeil“ sind dem Bunde beigetreten, die anderen gelten als passive Mitglieder. Bei der **Vorstandswahl** wurden gewählt die Herren A. Wohlfeil Vorsitzender, M. Szyperski Stellvertreter, Funk Kassirer, J. Rosenfeldt Schriftführer, H. Becker Fahrwart, E. Rosenfeldt Zeugwart, A. Standarski Stellvertreter.

V [**Die Fleischermeister-Innung**] hielt gestern Nachmittag auf der Herberge der vereinigten Innungen Quartal ab. Es wurden 8 Ausgelernte zu Gesellen gesprochen und 4 Lehrlinge neu eingeschrieben. Die Neuwahl des Vorstandes wurde noch nicht vorgenommen, weil die Innungsstatuten aus Marienwerder noch nicht zurück sind. Beschlossen wurde, an Stelle der alten total zerfetzten Gewerksfahne eine **neue Innungsfahne** anzuschaffen. In die Kommission hierfür wurden die Innungsmeister E. Lindemann-Culmsee, Olbeter-Podgorz, Schinauer-Mocker, Jasinski-Thorn und Albert Rapp-Thorn gewählt.

+ [**Besitzwechsel.**] Das bisher den Herren Gebr. **Lichtenstein** in Culmsee gehörige Gut **Dubielno** ist für 100 000 Mark an einen Herrn aus Sachsen verkauft worden.

—§ [**Alarmirung.**] Die Truppen der hiesigen Garnison wurden heute früh gegen 6 Uhr durch Signal alarmirt. Im Anschluß daran fand in der Nähe des Bruschkruges eine größere Uebung statt.

+ [**Schwurgericht.**] Von den beiden auf heute zur Verhandlung anberaumt gewesenen Sachen ist die eine gegen den Invaliden Heinrich **Rütz** aus **Stanislawowo Sluszewo** und den Arbeiter Albert **Stange** aus **Stewken** wegen Nothzucht auf morgen vertagt worden. Die andere Sache, die heute zur Verhandlung kam, betraf das Dienstmädchen Helene **Preuß** aus **Strasburg**. Gegenstand der Anklage war das Verbrechen des **Kindesmordes**. Die Oeffentlichkeit war während der Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Durch den Spruch der Geschworenen wurde die Angeklagte nur der fahrlässigen Tödtung für schuldig befunden. Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagte, welche durch Herrn Rechtsanwalt Schlee vertheidigt wurde, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß. Auf diese Strafe wurden 3 Monate als durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt angerechnet.

Y [**Von der Weichsel.**] Wasserstand heute Mittag 1,89 Meter über Null. Angelangt ist der Dampfer „Montwy“ mit Kaufmannsgütern, Petroleum, Heringen, Kohlensäure beladen aus Danzig bezw. Bromberg, 8 Kähne mit Steinen, ein Kahn mit Ziegeln aus Nieschawa bezw. Zlotterie. Abgeschwommen sind eine Traft Rundkiefern nach Schulitz, 2 Kähne mit Rohzucker nach Neufahrwasser, 2 Kähne mit Getreide, Weizen und Rübsen nach Berlin.

Warschau, 20. April. (Eingegangen 1 Uhr 40 Min.) Wasserstand bei Warschau heute 1,85 Meter, gegen 1,90 gestern.

— **Podgorz**, 19 April. Ueber den von uns bereits gemeldeten **Unglücksfall** auf dem **Schießplatz** weiß der „Podg. Anz.“ noch zu berichten: Die Arbeiter **Ratz** und **Lewandowski** aus Schlüsselmühle und der Arbeiter **Fanselau** aus Kostbar machten sich gestern Nachmittag am Schipkaberge an einem Zünder zu schaffen; das Ding **explodirte** und die auseinander gesprengten Theile desselben verletzten den Raatz sehr schwer am Rücken, Lewandowski wurden beide Beine beschädigt und Fanselau erlitt an Brust, Füßen und Armen erhebliche Verletzungen. Die Verunglückten wurden mittels Fuhrwerks noch dem Diakonissenhause nach Thorn geschafft, woselbst sie krank darniederliegen. An dem Wiederaufkommen des Raatz wird gezweifelt.

Vermischtes.

Flüssige Luft zu Sprengzwecken. Wien, 18. April. Gestern wurden in den Steinbrüchen von E. Groß u. Co. zu Ober-Sievring von Seiten des technischen Militärkomitees Sprengversuche durchgeführt, welche geeignet sind, eine totale Umwälzung im Sprengwesen herbeizuführen. Die atmosphärische Luft wird durch Druck von ca. 580 Atmosphären bei einer Temperatur von — 140 Grad Celsius flüssig, so daß sie wie Wasser aus einem Gefäß ins andere umgeleert werden kann. Diese Flüssigkeit mit anderen, z. B. oxydirbaren Substanzen gemischt, giebt nun einen Sprengstoff von bedeutender Kraft und ungewöhnlicher Sicherheit bei der Verwendung. Herr Oberst Heß hat nun diese Neuheit zu einem sehr instruktiven Versuche benutzt. Der Betriebsleiter Herr Grauer, welcher schon vielfach neue Sprengstoffe in den ihm unterstehenden Steinbrüchen versuchen ließ, und dem eine reiche Erfahrung zur Seite steht, sowie der behördlich bestellte Sachverständige im Sprengfache, Ingenieur Hubert Münch, waren von den Versuchen sehr befriedigt.

Im **Mordprozeß Guthmann** wurden am Sonnabend in der mehrstündigen Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit die zahlreichen Zeugen vernommen, die in dem „dunklen Berlin“ ihre Thätigkeit entwickeln und über das Vorleben des Angeklagten, das Treiben der Bertha Singer u. s. w. Auskunft gaben. Unter den männlichen Zeugen dieser Kategorie befinden sich mehrere, die zeitweise auch unter dem Verdachte der Thäterschaft gestanden haben. Alsdann ward die Oeffentlichkeit wieder hergestellt.

Neueste Nachrichten.

Eisenach, 19. April. Der **Kaiser** traf heute Nachmittag hier ein und begab sich alsbald mit dem Großherzog und dem Erbgroßherzog zu Wagen nach der Wartburg. Heute Abend nach 10 Uhr wird Se. Majestät, begleitet von dem Hof-Jägermeister v. Mauderode, in das Jagdrevier nach **Wasungen** fahren.

München, 19. April. Der **Herzog von Connaught** ist in Begleitung seiner Familie heute Nachmittag hier eingetroffen. Heute Abend erfolgt die Weiterreise nach Coburg.

Hamburg, 19. April. Der langjährige Generalkonsul der Republik Haiti, E. Nölting, eines der bekanntesten Mitglieder der Hamburger Kaufmannschaft ist heute früh gestorben.

Düsseldorf, 19. April. Heute Mittag erfolgte in der bei Gerresheim gelegenen Fabrik für Feuerwerkskörper von Keil eine **Explosion**, durch welche der Besitzer und drei Arbeiterinnen getödtet wurden.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Frank, Thorn.

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn.

Wasserstand am 20. April um 7 Uhr Morgens: +1,88 Meter **Lufttemperatur** + 7 Grad Cels. **Wetter**: trübe **Wind**: N. O. Bemerkungen:

Wetteraussichten für das nördliche Deutschland:

Freitag, den 21. April: Meist heiter bei wechselnder Bewölkung, kühler, windig. Strichweise Gewitter.

Sonnen-Aufgang 4 Uhr 51 Min., Untergang 7 Uhr 8 Min.
Mond-Aufg. 2 Uhr 30 Min. Nachm., Unterg. 2 Uhr 52 Min. Nachts.

Sonnabend, den 22. April: Vielfach sonnig, ziemlich kühl, frischer Wind.

Berliner telegraphische Schlußkourse.

	20. 4.	19. 4.		20. 4.	19. 4
Tendenz der Fondsb.	fest.	fest.	Pos. Pfandb. $3^1/_2$%	98,10	98,20
Ruß. Banknoten.	216 25	216,15	„ „ 4%	101,60	101,80
Warschau 8 Tage	215,95	215,90	Poln. Pfdbr. $4^1/_2$%	100,30	100,25
Oesterreich. Bankn.	169,70	169,60	Türk. 1% Anleihe C	97,90	97,90
Preuß. Consols 3 pr.	92,—	92,—	Ital. Rente 4%	—,—	—,—
Preuß. Consols $3^1/_2$ pr.	100,60	100,60	Rum. R. v. 1894 4%	92,20	92,10
Prß. Consols $3^1/_2$% abg	100,50	100,50	Disc. Comm. Antheile	195 30	193,10
Dtsch. Reichsanl. 3%	92,—	92,—	Harp. Bergw.-Act.	193,60	193,30
Dtsch. Reichsanl $3^1/_2$%	100,40	100,50	Nordd. Creditanstalt-Act.	127,—	126,80
Wpr. Pfdbr. 3% nld. II	89,75	90,25	Thor. Stadtanl. $3^1/_2$%	—,—	—,—
„ „ $3^1/_2$% „	98,—	97,80	Weizen: loco i. New-York	84 $^5/_8$	83 $^5/_8$
			Spiritus 50er loco.	—,—	—,—
			„ 70er „	40,10	40,20

Wechsel-Diskont $4^1/_2$%, Lombard-Zinsfuß für deutsche Staats-Anl. $5^1/_2$%

Synagogale Nachrichten.

Freitag Abendandacht 7 Uhr.

Bekanntmachung.

Folgende Postsendungen lagern bei der hiesigen Ober-Postdirektion als unbestellbar.

Gegenstand.	Name des Empfängers.	Bestimmungs-Ort	Geldbetrag M.	Geldbetrag Pf.	Ort und Zeit der Einlieferung.
Einschreibbrief	Walter Döring	Berlin	—	—	Thorn am 27. 1. 99
Postanweisung	Nr. 218	Großliniewo	1	50	Großliniewo am 5. 9. 98
"	Nr. 8248	Dt. Krone	3	—	Graudenz am 1. 10. 98
Packet	Moritz Natan	Thorn.	—	—	Thorn am 22. 2. 99

Die Absender der genannten Sendungen werden hierdurch aufgefordert, sich innerhalb 4 Wochen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung ab zur Empfangnahme der Sendungen zu melden, widrigenfalls nach Ablauf der gedachten Frist über die bezeichneten Sendungen bezw. Geldbeträge zum Besten der Postunterstützungskasse verfügt werden wird.

Danzig, den 12. April 1899.

Kaiserliche Ober-Post-Direktion.
Kriesche.

Verdingung.

Die Lieferung von 210 Tausend Hintermauersteinen und 43 Tausend Verblendsteinen für den Bau des Maschinenhauses der elektrischen Beleuchtung des Bahnhofes Thorn soll ganz oder getheilt vergeben werden. Die Bedingungen sind gegen kostenfreie Einsendung von 0,40 Mk. von der unterzeichneten Betriebsinspektion zu beziehen.

Eröffnung der Angebote **am 28. d. Mts., Vormittags 11 Uhr.** Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Thorn, den 18. April 1899.

Betriebsinspektion I.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von **Schillno, Kreis Thorn, Band II — Blatt 29** — auf den Namen des Besitzers **Albert Piehlke,** welcher mit **Emma geb. Krienke** in Ehe und Gütergemeinschaft lebt, eingetragene in Schillno am Zollamt belegene Grundstück (Gasthaus) (a, Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, b, Scheune mit Stall,) am

16. Juni 1899,
Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Zimmer 7 — versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 0,31 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 1,27,60 Hektar zur Grundsteuer, mit 180 Mk. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt.

Thorn, den 12. April 1899.

Königliches Amtsgericht.

Standesamt Podgorz.

Vom 11. bis 19. April 1899 sind gemeldet:

Geburten.

1. Besitzer Wilhelm Troyke-Dorf Czernewitz, Sohn. — 2. Hilfsheizer Franz Ernst Richard Hoffmann, Tochter. — 3. Schlosser Carl David-Rudak, Tochter. — 4. Eigenthümer Hermann Finger-Stewken, Sohn. — 5. Rangirmeister Wilhelm Witt-Rudak, Tochter. — 6. Arb. Josef Kristak-Rudak, Tochter. — 7. Arb. Gustav Wendt-Rudak, Sohn. — 8. Schmiedegeselle August Fenske, Tochter. — 9. Weichensteller August Wall, Tochter. — 10. Locomotivheizer Rudolf Schmidt-Piaske, Sohn.

Aufgebote.

1. Tischler Constantin Gomolski und Franziska Stefaniak, beide aus Thorn. — 2. Grenzaufseher Friedrich Wilhelm Nagat-Ottlotschin und Auguste Wilhelmine Minkley-Podgorz. — 3. Vicefeldwebel Friedrich Peter Wilhelm Westphalen-Posen und Minna Selma Schnitzker-Gatsch Kr. Graudenz. — 4. Sergeant Jacob Bejer und Emma Maria Niemann, beide aus Rudak. — 5. Hilfslademeister Jacob Wilhelm Hagenau-Piaske und Maria Florentine Lobach-Thorn. — 6. Kaufmann Friedrich Wilhelm Rudolf Kaatz und Maria Martha Martin. — 7. Bäckermeister Romanus Bronislaus Smorowski-Znin und Wanda Bronislawa Czernewicz.

Eheschließungen.

1. Rangirer Daniel Witt und Ida Laura Therese Witt Rudak.

Sterbefälle

1. Elisabeth Bendzmirowski, 1 J. 1 M. 26 T. — 2. Herbert Radtke-Rudak, 5 M. 21 T. — 3. Eine Todtgeburt. — 4. Bronislaw Kuczinski, 8 M. 14 T. — 5. Hedwig Engel-Piaske, 2 M. 16 T. — 6. Walter Bergau, 3 M. 11 T.

Kanalisation.

Bei vielen Häusern der Innenstadt und der Brombergervorstadt sind die **Regenrohrkasten** verschlemmt sowie verstopft vorgefunden worden

Die Herren Hausbesitzer werden hiermit auf den § 7 der bestehenden Polizei-Verordnung und das bezügliche Ortsstatut ausdrücklich hingewiesen und ersucht, die an ihren Häusern verschlemmten **Eimer unverzüglich reinigen zu lassen** und dies — um wiederkehrender Verstopfung vorzubeugen — alle 4 Wochen zu wiederholen.

Thorn, den 13. April 1899.

Der Magistrat.



Freiwillige Feuerwehr

Sonnabend, den 22. d. Mts.
Abends 8½ Uhr
Haupt-Versammlung
bei **Nicolai.**

Der Vorstand.

Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei Ernst Lambeck, Thorn.